

# **Bremen braucht frische Ideen, Beteiligung und Entschlossenheit.**

Positionspapier der CDU Bürgerschaftsfraktion zur Regierungsbildung in Bremen

**Bremerhaven und Bremen** stehen vor großen Herausforderungen. In den kommenden vier Jahren werden in Bremen und in Berlin die entscheidenden Weichen für die Zukunftsfähigkeit und Selbständigkeit unseres Zwei-Städte-Staates gestellt.

Die geringe Wahlbeteiligung, die starken Verluste für die rot-grüne Regierungsmehrheit, der Regierungswechsel in Bremerhaven und die letztendlich sehr knappe Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition der Wahlverlierer auf Landesebene zeigen: Es gibt eine große Unzufriedenheit der Bremerinnen und Bremer mit der Politik des rot-grünen Senats. Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz dieser Koalition hat einen Tiefpunkt erreicht.

Daneben muss auch das Wahlrecht auf den Prüfstand, die unverändert hohe Anzahl ungültiger Stimmen, die Gewichtung von Personen- und Listenstimmen sowie der Wegfall einer Hürde bei den Kommunalwahlen müssen überdacht werden.

Dabei verliert die Politik in Bremen insbesondere in den Kernfeldern an Zustimmung: Bei der Finanz-, der Bildungs-, der Arbeitsmarkt- und der Innenpolitik darf es daher kein "Weiterso" im Stillstand oder nur kleine Kurskorrekturen geben. Gleichzeitig muss es gelingen, die Diskussionen über den künftigen Weg nicht nur im Parlament und der Parteipolitik, sondern auch mitten in der Gesellschaft zu führen.

Wenn die Verantwortlichen in Politik und gesellschaftlichen Institutionen das Wählervotum ernst nehmen, bedarf es eines Aufbruches, an dem sich alle beteiligen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen Kurswechsel sind so günstig wie selten zuvor. Historisch niedrige Zinsen, bundesweit sinkende Arbeitslosenzahlen und eine steigende Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, stetig steigende Steuereinnahmen und immer mehr Bereiche, in denen der Bund auch finanzielle Verantwortung für Aufgaben der Länder und Kommunen übernimmt, schaffen Spielräume für die Finanzierung des notwendigen Aufbruchs.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion erachtet daher die nachfolgenden vierzehn Punkte als essentiell für eine Regierungspolitik in den kommenden vier Jahren. Dabei handelt es sich nicht um einen detaillierten Koalitionsvertrag. Aber an diesen Mindestansprüchen werden wir einen möglichen rot-grünen Koalitionsvertrag messen.

## **Finanzen – Bremen braucht einen Sanierungsplan**

**1. Haushalte in Bremen und Bremerhaven grundlegend sanieren.** Die bisherigen Sanierungsbemühungen in Bremen und Bremerhaven waren ausschließlich darauf ausgerichtet, den Auflagen aus der Konsolidierungsvereinbarung zu genügen, um die vereinbarten Konsolidierungshilfen zu erhalten. Eine nachhaltige Haushaltsstrategie bis zum Auslaufen der wesentlichen Vereinbarungen zum Länderfinanzausgleich, der Sanierungsvereinbarung und den Unterstützungen des Bundes fehlt. Eine solche Sanierungsstrategie ist die Hauptaufgabe des neuen Präsidenten des Senats. Er darf nicht nur den Haushalt des nächsten Jahres im Blick haben, sondern muss die generationengerechte Haushaltspolitik zum persönlichen Anliegen erklären. Dabei bedarf er einer solidarischen Unterstützung aller Bremer und Bremerhavener Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fordern daher, dass unter der Leitung des neu zu wählenden Bürgermeisters eine Task Force "Haushaltssanierung" eingerichtet

wird, der Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen, der Handelskammer, der Arbeitnehmerkammer, der Unternehmensverbände, der Gewerkschaften und Personalräte sowie weiterer gesellschaftlich relevanter Gruppierungen angehören. Sie sollen bis zum 30.06.2016 einen verbindlichen Sanierungsplan beschließen, der die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern für eine langfristige, über 2020 hinausreichende und dauerhafte Sanierung der Finanzen unseres Bundeslandes darstellen soll. Dieser Sanierungsplan soll einem Volksentscheid zugeführt werden. Die Task Force muss auch die Einhaltung der verbindlichen Sanierungsziele überwachen und konkrete Vorschläge für weitere Konsolidierungshandlungen während der gesamten Legislaturperiode verbindlich unterbreiten.

## **Bildung – Auf Inhalte und Rahmenbedingungen kommt es an**

**2. Unterrichtsausfall sofort beseitigen.** Neben der sofortigen Neueinstellung von 100 zusätzlichen Lehrkräften bereits zum Schuljahr 2015/2016 muss der Unterrichtsausfall fortlaufend und konsequent bekämpft werden. Im Leitungsstab der Senatorin für Bildung wird daher eine Arbeitsgruppe "Unterrichtsgarantie" gebildet, der neben den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen auch die Handelskammer, die GEW, der DBB, der ZEB und der Schulen in freier Trägerschaft angehören. Sie haben den Unterrichtsausfall an allen Schulen in Bremen und Bremerhaven monatlich zu ermitteln und Sofortmaßnahmen verbindlich vorzuschlagen. Daneben sollen sie anhand des Unterrichtsbedarfes die Anzahl der notwendigen und einzustellenden Lehrkräfte verbindlich empfehlen.

**3. Zukunft der Bremer Schulstruktur – Evaluation des Bildungskonsenses jetzt angehen!** Bei den Verhandlungen des Bremer Konsenses zur Schulentwicklung im Jahre 2008 wurde vereinbart, nach acht Jahren eine Bilanzierung des Erreichten vorzulegen. Wir fordern, dass bereits jetzt mit der Evaluation und den Verhandlungen über die Fortführung des Bildungskonsenses begonnen und die notwendigen Evaluationen gemeinsam beauftragt werden. Anders als bei dem ersten Bremer Bildungskonsens soll es nicht in erster Linie um Schul- und Unterrichtsstrukturen, sondern um die Qualität in den Schulen gehen. Darum gehören auch Stichworte wie z.B. Lehrerbildung, Ganztagschulen und Entwicklung von Eigenständigkeit der Schulen. Daher darf sich der Konsens nicht nur auf die Politik beschränken. An den Verhandlungen sind daher von Anfang an auch Vertreterinnen und Vertreter der Handelskammer, der Unternehmensverbände, der Gewerkschaften und Personalräte, des ZEB und der Schulen in freier Trägerschaft zu beteiligen.

**4. Von Beginn an: Bildung aus einer Hand.** Zukünftig muss die frühkindliche Phase in den Kitas mehr als bisher unter dem Gesichtspunkt gezielter Bildung genutzt und enger mit dem schulischen Bereich verzahnt werden. Damit unsere Kitas und Schulen diese wachsenden Anforderungen auch zukünftig bewältigen können, bedarf es einer sinnvollen Aufgabenzuteilung und klarer behördlicher Kompetenzen, ohne Reibungsverluste zwischen zwei oder mehreren Dienststellen. Die Ressortzusammenführung von den senatorischen Bereichen „Bildung“ mit „Kinder und Jugend“ muss daher unter einem gemeinsamen Dach bereits zu Beginn der Regierungsarbeit umgesetzt werden.

**5. Wissenschaftsplan neu aufstellen.** Beratungen und Inhalte des Wissenschaftsplanes waren enttäuschend. Neben Handel und Industrie sind Forschungs- und Hochschuleinrichtungen in Bremen und Bremerhaven für die Zukunft unseres Landes entscheidend. Wir brauchen eine Wissenschaftsplanung, die eine eindeutige Schwerpunktsetzung vornimmt und die Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen nicht mit der dramatischen Unterfinanzierung allein lässt. Wir fordern daher, dass die Wissenschaftsplanung unter Beteiligung aller Hochschulen, Vertreter der Studierenden und der Wirtschaft sowie den Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern neu aufgestellt wird. Dabei sind auch Strukturentscheidungen über Einrichtungen und Studiengänge verbindlich zu beschließen.

## Wirtschaft - Chancen nutzen, Häfen und Industrie entwickeln

**6. Häfen und Industrie entwickeln und finanzieren.** Um die Zukunftsfähigkeit der Bremischen Häfen zu sichern, braucht es ein klares Bekenntnis zur Vertiefung der Außen- und Unterweser sowie ein langfristiges Sanierungs- und Finanzierungskonzept für Hafenanlagen. Dafür sind höhere Investitionsmittel notwendig. Nach den Berechnungen der Sachverständigen gibt es keinen Grund, den Planfeststellungsbeschluss für den Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) in Frage zu stellen. Im Gegenteil gilt es, die durch rot-grüne Planungsfehler verlorene Zeit möglichst aufzuholen. Das Projekt OTB muss in eine langfristige Strategie zum Ausbau des Kompetenzzentrums für Offshore-Windenergie in Bremerhaven eingebettet werden. Daneben muss der südliche Fischereihafen als Industriestandort profiliert werden, der die Infrastruktur des neuen Terminals nicht nur für die Offshore-Industrie sondern allgemein für Schwerlastindustrie nutzt. Bremerhaven muss wieder ein eindeutiges industrielles Profil entwickeln, das Realwirtschaft und Arbeitsplätze sichert und entwickelt.

**7. Innenstadtentwicklung.** Um die Bremer Innenstadt als Einkaufs-, Kultur- und Wohnstandort attraktiver zu machen, sind mehr öffentliche und private Investitionen erforderlich, die die Aufenthaltsqualität steigern. Unabhängig vom Ausgang des Bieterverfahrens für den Bau des CityCenters im Ansgariquartier, muss eine große Lösung für die Entwicklung der Innenstadt gefunden werden. Grundlage hierfür sollten die von der CDU vorgelegten Leitlinien zur Innenstadtentwicklung sein.

## Wachsende Städte – Orte zum leben und arbeiten

**8. Wohnungsbau ermöglichen.** Damit auch zukünftig im Land Bremen Wohnbauprojekte, etwa für junge Familien, realisiert werden können, muss das vorhandene Wohnbaukonzept um Flächen für die Ausweisung von Einfamilienhäusern erweitert werden. Die alleinige Bebauung von noch vorhandenen innerstädtischen Flächen genügt hierbei zur Deckung der Nachfrage bei Weitem nicht. So muss die Bebauung des Baugebietes „Brokhuchting“ endlich planungsrechtlich ermöglicht werden. Wir fordern zudem unter Beteiligung der Beiräte sowie der Arbeitsgemeinschaft der freien und privaten Wohnungsunternehmen bis zum 31.12.2015 weitere Gebiete für Wohnbauprojekte für junge Familien zu benennen.

## Sichere Städte – Lebensqualität, Standortfaktor, Bürgernähe

**9. Einstellungszahlen Polizeianwärter erhöhen.** Die Zielzahl von 2.600 Polizeibeamten in Bremen und 480 in Bremerhaven muss langfristig erreicht werden. Dafür muss die Einstellungszahl für den kommenden Einstellungstermine zunächst um 100 erhöht werden. Bereits im Jahr 2017 wird es rund 100 Polizisten weniger in Bremen geben als aktuell. Dies ist im Hinblick auf die gegenwärtige Kriminalitätsbelastung der Bürger nicht hinnehmbar

Gelöscht: g

**10. Bremen braucht eine neue Drogenpolitik.** Ein Grund für die hohe Kriminalitätsbelastung in Bremen und Bremerhaven sowie für die starken sozialen Verwerfungen ist eine seit Jahren nicht aktualisierte und überaltete Politik im Kampf gegen illegale Drogen. Wir fordern daher ein neues Drogenkonzept für Bremen und Bremerhaven. Dabei müssen insbesondere an den Schnittstellen von Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Jugendpolitik verbindliche ressortübergreifende Regelungen gefunden werden, die für eine präventive und repressive Neuausrichtung Gewähr bieten. Insbesondere die Substitution darf nicht länger ohne psychosoziale Begleitung erfolgen.

## Sozialpolitik langfristig denken

**11. Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.** 2014 sind 780 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen angekommen. Für 2015 wird weiterhin ein erheblicher Zuzug erwartet. Viele dieser Kinder und Jugendlichen sind traumatisiert und hilfebedürftig. Grobe Mängel bei der Inobhutnahme, Unterbringung, der Betreuung, Beschulung und Ausbildung müssen dringend abgestellt werden. Nur so kann Integration gelingen. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Bremen eine erhebliche Anzahl von Straftaten begangen haben, muss zeitnah eine geschlossene Jugendhilfeeinrichtung, wenn nötig auch als Eigenbetrieb der Landes Bremen, geschaffen werden.

**12. Verpflichtendes Vorschuljahr.** Bildungschancen entscheiden sich in den ersten Schuljahren. Für diejenigen Kinder, denen absehbar die Fähigkeit dem Unterricht zu folgen nach Abschluss des 3. Kindergartenjahres fehlen werden, brauchen Bremen und Bremerhaven deshalb ein verpflichtendes Vorschuljahr, um sie fit für den Schulbeginn und die Teilhabe an Bildung zu machen.

**13. Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten.** Bremen hat von allen Ländern die höchste Arbeitslosenquote und den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen. Nach wie vor rutschen immer neue Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit. Wir fordern daher, dass neben der Einrichtung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes für diejenigen, die auf Dauer nicht wieder in den regulären Arbeitsmarkt vermittelt werden können, sich die Qualifizierung und Betreuung stärker als bisher an den Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes ausrichten. Hierzu ist bis zum 30.06.2016 ein neues mit dem Jobcenter abgestimmtes Arbeitsförderungsprogramm zu entwickeln und mit den Vertreterinnen und Vertretern der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Arbeitnehmerkammer, den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften zu vereinbaren.

**14. GeNo Sanierung zum Erfolg führen.** Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) muss saniert und an seinen vier Standorten in der Stadtgemeinde Bremen erhalten bleiben. Die Sanierung muss konsequenter im Hinblick auf die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen, und schneller als bisher vorangetrieben werden. Nur so können die Arbeitsplätze in den Krankenhäusern langfristig gesichert und die hochwertige medizinische Versorgung aufrecht erhalten werden. Der Klinikkonzern Gesundheit Nord hat ein Kostenproblem. Die Sachkosten und insbesondere die Personalkosten im patientenfernen Bereich müssen deshalb zurückgeführt werden. Die Fehler aus dem Teil-Ersatzneubau am KBM dürfen sich nicht wiederholen. Daher ist die notwendige Investition am KBO nicht erneut durch Einzelvergabe in Eigenregie sondern durch einen Generalunternehmer oder andere risikoärmere Abwicklungsformen durchzuführen und die Finanzierung hierfür sicherzustellen.